

An den Oberbürgermeister
der Stadt Mühlacker

Mühlacker, den 3.5.2019

Antrag der LMU-Fraktion zur Behandlung im UTA am Dienstag, den 7. Mai 2019

Zusatzantrag zu den Anträgen der Freien Wähler und der CDU zu den „Welschen Wiesen“

- 1. Den Anträgen der CDU und der Freien Wählern wird entsprochen und als Konsequenz aus dem Präzedenzfall „Welsche Wiesen“ auf die Ausweisung neuer Gewerbe/Industrieflächen für einen Zeitraum von 10 Jahren komplett verzichtet.**
- 2. Die Stadt Mühlacker entwickelt ein Konzept zur qualitativen Weiterentwicklung der Stadt ohne in Anspruchnahme von neuen Flächen im Außenbereich. Hierzu ist ein Arbeitskreis aus Stadtverwaltung, Gemeinderat und betroffenen Gruppierungen (GHV, IHK, Handwerkskammer, Bürgerinitiativen, ...) zu bilden.**

Begründung:

Die LMU stellt den Antrag, dass die Stadt Mühlacker grundsätzlich auf die Ausweisung weiterer Gewerbegebiete/Industriegebiete verzichtet. Was für die Welschen Wiesen gilt, gilt auch für alle anderen in der Diskussion stehenden Standorte. Wie die aktuell gestellten Anträge der anderen Fraktionen zeigen, werden die von der LMU seit vielen Jahren vertretenen Argumente von einer große Mehrheit des Gemeinderates zwischenzeitlich mit getragen: Klimaschutz, Artenschutz, Naherholung, Schutz landwirtschaftlicher Fläche, Landschaftsbild und die Bedenken der Bevölkerung.

Alle anderen Standorte, „Lug/Fuchsensteige“, „Hardt/Ziegelhäule“ und auch der diskutierte Waldstandort an der B 35 Richtung Illingen, nördlich des Hochbergwaldes, weisen die gleichen negativen Merkmale in zum Teil vielfach stärkerem Maß auf, als die „Welschen Wiesen“.

Vor allem die Tatsache, dass bei dem Versuch, die „Welschen Wiesen“ in ein Gewerbegebiet umzuwandeln, den z.T. sehr berechtigten Bedenken der Bürgerinitiative (ca.100 bis 200 Personen) statt gegeben wurde, muss die Konsequenz nach sich ziehen, dass den gleich lautenden Bedenken der Bürgerinnen und Bürger (3615 Personen), die im Bürgerentscheid vom 27.11.2019 aktiv gegen die Ausweisung eines großflächigen Industrie-/Gewerbegebietes in Mühlacker gestimmt haben ohne den genauen Standort zu wissen, entsprechend statt gegeben wird.

Jeder, der nun ein Gewerbegebiet mit mehr als 25 Hektar fordert, macht sich völlig unglaublich.

Die immer wieder betonte Notwendigkeit eines rasch umzusetzenden Gewerbegebietes muss stark in Zweifel gezogen werden, da die entsprechenden Protagonisten (GHV, IHK, etc.) dieses Ansatzes in der Diskussion um die Welschen Wiesen kaum zu hören waren.

Der Zeitraum von zehn Jahren wurde gewählt, um zum einen den kommenden Generationen eine eigene Entscheidungsmöglichkeit zu lassen und zum anderen ein klares Zeichen in Richtung Strategiewechsel zu geben.

Die Planungsmöglichkeiten werden sich in den nächsten zehn Jahren vermutlich stark verändern.

Wenn schon ein kleines Gewerbegebiet für konkrete „umsiedlungsbedürftige“ Firmen scheitert, ist ein großflächiges Gebiet für Firmen, die in fünf bis sechs Jahren vielleicht aus „Wolkenkuckucksheim“ angesiedelt werden könnten, von der Agenda zu nehmen.

Als erste Konsequenz aus dieser Entwicklung fordern wir die Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Gemeinderat und den entsprechenden Gruppierungen auf, die ersten Schritte hin zu einem qualitativen Wachstum zu planen und gegebenenfalls eine Arbeitsgruppe mit allen Beteiligten zu bilden.

Mögliche Inhalte wären:

- Anreizprogramme für Bestandsfirmen, in dem sie einen Teil der Kosten als Zuschuss bekommen, die bei Neuausweisungen in Planungs-, Erschließungs- und Folgekosten gesteckt werden müssten, wenn sie ihre Flächen sinnvoll nutzen, z.B. Parkdecks bauen. Damit wird ein Anreiz geschaffen, am Standort zu bleiben und diesen flächensparend zu nutzen.
- Des Weiteren sind beim Land oder BUND Umstrukturierungsmittel und Sanierungsmittel für Konversionsflächen zu akquirieren, evtl. Pilotprojekte für alternative Stadtentwicklung anzustoßen.
- Zudem sollten bisher total vernachlässigte Gewerbebereiche, wie etwa der Tourismus, für Mühlacker angegangen werden.
- Eine zentrale Rolle fällt der Wohn- und Lebensumfeldverbesserung zu, um unsere Stadt nachhaltig als Wohnstandort zu sichern und entsprechend auszubauen.

Der Verzicht auf weitere Planungen wird zudem Planungs- und Finanzressourcen einsparen, die beide sowohl in der Stadtverwaltung als auch im Gemeinderat knapp sind.

Klemens Köberle
Sprecher LMU-Fraktion